

Europa in der Hochmoderne.

Überlegungen zu einer Theorie des 20. Jahrhunderts

von Ulrich Herbert

1. Konzepte europäischer Geschichte im 20. Jahrhundert

Es existieren sehr unterschiedliche Versuche, eine europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts zu schreiben. Sieht man von den Ansätzen Tony Judts oder Volker Berghahn ab, die sich jeweils auf die erste oder die zweite Hälfte des Jahrhunderts konzentrieren, so folgt der gebräuchlichste Ansatz in seiner Struktur den großen politischen Einschnitten 1914/1918, 1945, 1990. Innerhalb dieser Daten wird die jeweilige Nationalgeschichte in der Regel je für sich erzählt; das folgt der Tradition der außenpolitisch miteinander verbundenen, ansonsten aber autonomen Nationalgeschichte. Sachlich-zeitliche Schwerpunkte, Periodisierungen und die Privilegierung bestimmter Ebenen des historischen Geschehens richten sich nach dem jeweiligen Stellenwert für die nationalstaatliche Entwicklung. Nationsübergreifende Prozesse werden demgegenüber ausgeblendet oder auf die nationale Perspektive verengt, sodass auf diese Weise weder die seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts abnehmenden Prägekräfte des Nationalstaats Berücksichtigung finden noch belastbare Kriterien für einen komparativen Ansatz generiert werden.

Diese offenkundige Aporie hat aber auch den Eindruck bestätigt, dass der nationale Rahmen nicht ausreicht, um zentrale gesamteuropäische Entwicklungen angemessen zu verstehen. Denn wie soll man regionenübergreifende historische Erscheinungen, vom Imperialismus bis zu den modernen Diktaturen, von den Klassenkonflikten der 1920er Jahre bis zur Jugendrebellion der 1960er Jahre und von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bis zum Wirtschaftswunder der 1950er und zum Ölpreisschock von 1973, die doch offenbar eher Varianten gemeinsamer Grundprozesse darstellen als national autochthone Entwicklungen, allein in den Kategorien des Nationalstaats erklären können? Und doch dominiert in Europa nach wie vor eine Sichtweise, die den Nationalstaat gewissermaßen als den natürlichen Aggregatzustand der historischen Entwicklung begreift.

Der zweite Ansatz ist dem entgegengesetzt: das Bemühen um einen synthetischen Zugriff unter Verzicht auf nationalstaatliche Grenzen. Solche Ansätze sind in der Regel thematisch übergreifend und transnational ausgerichtet. Themenfelder wie „Industrialisierung“ oder „Eu-

europäische Revolutionen“, „Migrationsprozesse in Europa“ oder „Europäische Frauenbewegung“ lassen sich auf diese Weise gewiss am besten darstellen. Als Grundlage für eine europäische Gesamtgeschichte sind sie indes zu sperrig, weil ein solches sektorales Vorgehen die Vision einer gemeinsamen europäischen Gesellschaft gewissermaßen nach rückwärts transponiert und so die ältere und die jüngste Vergangenheit auf gemeinsame Linien und Traditionen hin abprüft; so als sei der Nationalstaat lediglich eine Verirrung der vergangenen 150 Jahre gegenüber einer ansonsten im wesentlichen gemeineuropäischen Erfahrung. Manche Arbeiten, die aus dem Mittelalter oder der Frühen Neuzeit weite Bögen in die Gegenwart schlagen, erwecken diese Vorstellung: eine im wesentlichen gemeineuropäische Geschichte, die durch den Irrweg des Nationalstaats nur für 150 Jahre unterbrochen wurde. Das 19. und das 20. Jahrhundert sind aber allein außerhalb der nationalstaatlichen Perspektive nicht entzifferbar.

Zweifellos wird man eine europäische Geschichte am ehesten mit vergleichenden Ansätzen entwickeln können. Nun sind Vergleiche zwischen europäischen Gesellschaften Legion und noch nicht konstitutiv für eine europäische Geschichte. Als entscheidend erweisen sich dabei - wie immer - die Maßstäbe, an denen zu messen und zu vergleichen ist. Diese Maßstäbe müssen dem Gegenstand angemessen sein und die wichtigen, die großen und nachhaltigen Prozesse, die einschneidenden Ereignisse, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte und Erfolge wie die Katastrophen berücksichtigen. Nimmt man dies zusammen, entsteht eine Kumulation von Vergleichsebenen, und auf dieser Basis würde es dann möglich, die europäischen Nationalgeschichten ebenso wie supranationale Strukturen und transnationale Prozesse im Hinblick auf gemeinsame Grundstrukturen zu untersuchen, ein *tertium comparationis*, das erst uns in die Lage versetzte, Varianten einer europäischen Gemeinentwicklung von nationalspezifischen Entwicklungen zu differenzieren; also zu unterscheiden zwischen Ähnlichem, Gleichem und Verschiedenem.

Die bekanntesten Typen solcher Theoriebildung bilden die großen politisch-ideologisch bestimmten Narrative. Die marxistische Geschichtserzählung etwa, die die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts als eine Auseinandersetzung zwischen der Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen Arbeiterklasse und der Bourgeoisie ausweist. Aus dem ursprünglichen Ziel der Arbeiterbewegung, die Verbesserung der sozialen Lebensumstände der Arbeiter, wurde das Projekt der Zerschlagung der Klassen- und Gesellschaftsstrukturen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und der Errichtung des Sozialismus. Aus dieser Perspektive wurde auch die Geschichte dichotomisch geordnet: Unterdrückte gegen Unterdrücker, aktuell Arbeiterbewegung gegen Bourgeoisie, die sich unter Bedrängnis durch die Arbeiterbewegung

mit den Kräften der Nationalisten und Faschisten verband, um ihre Herrschaft zu retten. Nach 1945 wurde daraus in der marxistischen Geschichtsbetrachtung der auch weltpolitischen Gegensatz zwischen dem kommunistischen und dem kapitalistischen Lager, und auch die Probleme zwischen Nord und Süd sind dieser Struktur verpflichtet. Die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts wird so ausgeweitet zu einer Theorie der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Die sozialgeschichtliche Basis dieser Theorie ist der Industrialismus; sie war gebunden an das Massenheer der Industriearbeiter, die Hegemonie industrieller Produktionsweisen und den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Mit dem Aufkommen postindustrieller Entwicklungen verlor sie ein Gutteil ihres Erklärungspotentials. Zudem war sie im Kern eine statische Theorie; sie ging aus vom Zustand der bürgerlichen Welt in den beiden Jahrzehnten um die Jahrhundertwende, Wandlungen der Gesellschaften des Westens nahm sie ebenso wenig wahr wie solche in den kommunistischen Ländern selbst. Die prominenteste Variante säkularer Geschichtserzählungen des 20. Jahrhunderts ist die vom deutschen Sonder- und dem westeuropäischen Normalweg. Sie war lange Jahrzehnte für die innerdeutsche Debatte über die längerfristigen Ursachen der NS-Diktatur wichtig und fruchtbar; über den deutschen Bezug hinaus aber entfaltete sie wenig Erklärungskraft, setzte doch die damit verbundene Figur vom „langen Weg nach Westen“ eine schon bei Beginn des Jahrhunderts gegebene Norm von Westlichkeit voraus. Auch die Gesellschaften in Frankreich, Großbritannien, den Benelux-Staaten oder Skandinavien entsprachen um die Jahrhundertwende ebenso wenig den Normen der „Westlichkeit“ in vielen Hinsichten durchaus nicht. Ihre Veränderung und Veränderungsfähigkeit machte ja gerade den entscheidenden Vorteil gegenüber statischen Diktaturmodellen aus, zumal ein klar definierbares Ziel der „Westlichkeit“, auf das hin sich die Anstrengungen der Deutschen oder dann auch der Ostmitteleuropäer zu richten hätten, gar nicht existierte. Ein historischer Erklärungsansatz aber, der von einem gegebenen Modell von Norm und Abweichung ausgeht, hat über die politische Pädagogik hinaus wenig Erklärungswert. Es fehlt ihm jene Offenheit, die notwendig ist, um die vielfältigen Lernprozesse in der Auseinandersetzung um die „richtige“ Ordnung der Gesellschaften wahrzunehmen und zu analysieren. Im Jahre 1938 etwa war es europaweit näher liegend, von den wenigen verbliebenen liberal-kapitalistischen Demokratien als einem „Sonderweg“ zu sprechen als von den Varianten der autoritären Diktaturen, die zu dieser Zeit das Bild der europäischen Landkarte bestimmten. Und noch am Ende der 1950er Jahre gab es zahlreiche westliche Beobachter, welche befürchteten (oder jedenfalls annahmen), dass sich die sowjetische Gesellschaftsordnung auf längere Sicht als die überlegene herausstellen werde.

Ein dritter Ansatz, der eine Theorie vom 20. Jahrhundert impliziert, ist der vom Europäischen Bürgerkrieg. Er definiert das Jahrhundert als Zeitalter der Auseinandersetzung zwischen bürgerlich-demokratischer Gesellschaft und kommunistischer Herausforderung in den Jahren zwischen 1917 und 1990. Dieser Ansatz ist in gewisser Hinsicht ein Spiegelbild des marxistischen Ansatzes, mit umgekehrten Wertbezügen. Er hat verschiedene Vorteile. Er bietet einerseits einen durchgreifenden, das Jahrhundert umspannenden Argumentationskern: die kapitalistische Gesellschaft wird durch die ihr entgegengesetzte kommunistische Bewegung herausgefordert und setzt sich schließlich aufgrund der wirtschaftlichen Überlegenheit, der besseren Lebensbedingungen für die Menschen, vor allem aber durch ihr Postulat der Freiheit gegenüber dem Postulat der auch terroristisch herzustellenden Gleichheit durch. Das damit verbundene Problem liegt auf der Hand: Die vor und nach dem Ersten Weltkrieg expandierenden radikal-nationalistischen Massenbewegungen in Europa, namentlich in Deutschland, Österreich und Italien, werden hier als Reaktion auf die kommunistische Herausforderung wahrgenommen - in der extremen Zuspitzung Noltes wurde Auschwitz zur putativen Notwehr des europäischen Bürgertums gegenüber der Vernichtungserwartung durch den Bolschewismus. Dass die radikalnationalistischen Massenbewegungen in Europa aber bereits lange vor der russischen Oktoberrevolution von 1917 auftraten und dabei vor allem eine Stoßrichtung gegen den Liberalismus besaßen, wird hierbei ausgeblendet. Eine europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts ist aber zum einen ohne Faschismus und Nationalsozialismus nicht plausibel, zum anderen sind die Jahrzehnte nach 1945 allein durch den Kalten Krieg nicht erklärbar, etwa wenn man bedenkt, welche Wandlungsprozesse die westeuropäischen Gesellschaften zwischen 1945 und den 1980er Jahren durchliefen. Kurzum: als Geschichte des Zusammenstoßes von Kapitalismus und Kommunismus kann man das 20. Jahrhundert nicht schlüssig erzählen.

2. Die Modernisierungstheorie als entwicklungspolitisches Rezept

Nun beinhalten vor allem die verschiedenen Varianten der Modernisierungstheorie Entwürfe, durch die wesentliche Prozesse der europäischen, namentlich der westeuropäischen Gesellschaften im 20. Jahrhundert verglichen und erklärt werden können. Das hat vor einigen Jahren zu erregten Debatten darüber geführt, in welcher Weise auch der deutsche Nationalsozialismus in eine solche Struktur integrierbar sei. Hier lagen die Argumentationsfronten etwas schräg zueinander. Einige Befürworter einer solchen Integrationsthese begründeten das nämlich damit, dass während der NS-Zeit eine ganze Reihe modernisierender Effekte der Politik

des Regimes zu beobachten seien – Sozialpolitik, Dynamisierung der Klassenstruktur, Entregionalisierung. Einige sahen solche Prozesse als ungewollte Ergebnisse der NS-Politik, insbesondere des Krieges, andere betonten intentionale Modernisierungsschübe der NS-Führung. Das aber wirkte schnell wie der sattsam bekannte Hinweis auf Hitlers Autobahnen, in der Weise „So schlimm kann es dann ja nicht gewesen sein“.

Offenkundig wurde hier die Frage nach der Moderne in einen Wertzusammenhang gestellt; entsprechend wütend waren die Reaktionen, die darauf insistierten, dass eine solche Betrachtungsweise das NS-Regime schönrede und verharmlose. „Modernisierung“, so manche Kritiker, sei ohne demokratisierende Entwicklung nicht zu denken. Der Modernisierungsprozess wurde hier also als eine Entwicklung zum Besseren angesehen, etwas, was man den Nazis nicht zubilligen mochte. Ich will hier nicht auf die Feinheiten der seinerzeitigen, vorwiegend westdeutschen Diskussion um NS und Moderne eingehen, sondern lediglich darauf hinweisen, dass diese normative Aufladung des Modernisierungsbegriffes keineswegs von ungefähr kommt, sondern der Entwicklung der Modernisierungsdebatte von Beginn an eingeschrieben war.

Michael Latham und andere haben nun auf den Entstehungskontext der Modernisierungstheorie hingewiesen, der vom Kalten Krieg, der Dekolonialisierung und dem Wettbewerb der beiden Supermächte um die neu entstehenden Nationalstaaten der jetzt bald so genannten „Dritten Welt“ gekennzeichnet war. Dass hierbei die Sowjetunion erfolgreicher war als die USA, hatte, so eine verbreitete Auffassung bei amerikanischen Intellektuellen und Politikern, seinen Grund darin, dass die kommunistische Ideologie den Menschen in den Entwicklungsländern eine Rezeptur, eine Zielvision anbot, die versprach, die armen Länder des Südens und Ostens mit nahezu wissenschaftlicher Zuverlässigkeit zu Wohlstand und sozialem Aufstieg zu führen. Diese Vision, nach einer Phase der unerhörten Anstrengungen innerhalb nur einer, maximal zweier Generationen den Entwicklungsstand der entwickelten Industriegesellschaften ein- wenn nicht überholen zu können, hatte bereits in der Sowjetunion unter Stalin die Grundlage der in vielen Schichten ja sehr verbreiteten Hoffnungen in den Aufbau des Sozialismus genährt und verfehlte seine Wirkung auch in den neuen Entwicklungsländern nicht.

Mit dem erklärten Ziel, dem sowjetischen Modell eine westliche Gegenideologie entgegenzusetzen, entstand die Modernisierungstheorie, wie sie von Walt Rostow und anderen konzipiert wurde. Aus der Analyse der Geschichte der USA entwickelte sie eine Art historischer Gesetzmäßigkeit: Wenn nur in der Frühphase der industriellen Entwicklung die entsprechenden

Voraussetzungen geschaffen würden – ein freier Kapitalmarkt, eine funktionierende staatliche Bürokratie, die Durchsetzung einer demokratischen Gesellschaftsstruktur, Bildung, die Entstehung einer aktiven Mittelschicht – dann sei die nächste Stufe, die durchgreifende Industrialisierung, die Herausbildung von Wohlstand und sozialer Absicherung für wachsende Teile der Bevölkerung, nahezu gesetzmäßig zu erwarten. Dieses Grundmodell wurde bald vielfältig differenziert und ausgeweitet. Aber in nahezu allen Varianten behielt es doch die eigentümliche Tendenz, die Herausbildung der industriellen Gesellschaften in Europa und den USA nicht als einen unendlich vielfältigen, riskanten und letztlich offenen Prozess nachzuzeichnen, sondern normative Modelle zu bilden und historische Gesetzmäßigkeiten zu postulieren: Modernisierung als der Weg, in der Entwicklung zurückgebliebene Gesellschaften zu einer entwickelten im Sinne der USA zu machen. Dementsprechend war ein sich erfolgreich modernisierendes Land per definitionem demokratisch, oder es handelte sich nicht um einen wirklichen Modernisierungsprozess.

Tatsächlich war die hier Normalfall angesehene Kombination von wirtschaftlich-technischer Modernisierung und der Herausbildung liberaldemokratischer gesellschaftlicher Strukturen in der neueren Geschichte eher der Ausnahmefall. Das hat sich bis heute so gehalten, das gilt für Japan und China ebenso wie für Südkorea, Malaysia und Indonesien, natürlich für Russland und alle europäischen Ostblockstaaten, für Spanien und Portugal, für das faschistische Italien, das nationalsozialistische Deutschland. Man könnte geradezu eine Gegenthese aufstellen: in den meisten Gesellschaften wird vor allem der Übergang von der früh- zur hochindustriellen Gesellschaft mit autoritären, ja diktatorischen Methoden durchgesetzt; und in dieser Phase entstehen in Europa je gerade jene antidemokratischen Massenbewegungen, die das 20. Jahrhundert in so außerordentlicher Weise geprägt haben.

Kurzum: will man die Haupttendenzen des 20. Jahrhunderts in Europa verstehen, erweist sich die als normatives Postulat gefasste Modernisierungstheorie als nicht sehr hilfreich. Interessanter wird es, wenn wir die Kategorie der Moderne nicht mehr normativ, sondern empirisch verstehen, und nicht mehr als Abfolge von einzuhaltenden Schritten auf dem Weg zum Wohlstand begreifen, sondern als historische Epoche, mit einem benennbaren Anfang und einem ebenso zu fixierenden Ende.

3. Die Jahrhundertwende als Büchse der Pandora

Jürgen Osterhammel hat vor einiger Zeit die Jahrzehnte zwischen 1840 und 1870 für die kontinentaleuropäische Entwicklung als „Frühmoderne“ bezeichnet. Er meint damit, dass sich in dieser Zeit bereits zahlreiche, wenn nicht alle Merkmale der sich entfaltenden industriellen Gesellschaft herausgebildet hatten – die Ablösung der Standesgruppen durch Marktklassen setzte ein, erste industrielle Kernzonen entstanden, Elemente eines freien Kapitalmarktes bildeten sich heraus, der Aufschwung sowohl der höheren als auch der Volksbildung war unverkennbar, starke Migrationsprozesse, vor allem nach Übersee setzen ein, auch als Reaktion auf wachsende demographische Veränderungen.

Aber diese Entwicklungen beschränkten sich doch, von Großbritannien abgesehen, wo diese Prozesse bereits 40 Jahre zuvor eingesetzt hatten, auf relativ wenige Regionen und auf nur geringe Teile der Gesellschaften der west- und mitteleuropäischen Länder und noch dazu mit eklatanten regionalen Unterschieden. Das änderte sich erst – erneut mit starken regionalen Schwankungen – in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, insbesondere seit etwa 1890. Die 25 Jahre vor dem Ersten Weltkrieg können wir als Phase eines intensiven, in diesem Ausmaß und dieser Schnelligkeit nie zuvor gekannten Wandlungsprozess erkennen, der erhebliche Teile der europäischen Gesellschaften direkt, nahezu alle anderen indirekt ergriff und langfristige Folgen nach sich zog, die bis ins letzte Drittel des 20. Jahrhunderts reichten.

Das gegenüber Jahrzehnten zuvor Neue war dabei, dass die der modernen Industriegesellschaft innewohnenden Tendenzen sich in den am meisten entwickelten Ländern nun nicht mehr auf spezifische Gruppen und wenige Regionen begrenzten, sondern das Leben nahezu aller Menschen in diesen Ländern verwandelte - durch Prozesse der Hochindustrialisierung, Urbanisierung und Massenwanderung, der umfassenden Technisierung und Rationalisierung aller Lebensbereiche, der Verwissenschaftlichung und vor allem des Siegeszugs der Naturwissenschaften, die mit ihrem umfassenden Welterklärungsanspruch in Konkurrenz zur Religion traten, und schließlich der Massenkultur und Massenöffentlichkeit; und zwar innerhalb einer Generationenspanne und so grundlegend wie nie zuvor in der Geschichte. Für die Periode, die hier beginnt und das 20. Jahrhundert bestimmt, gebrauchen wir den Begriff der Hochmoderne.

Dabei zentrierte sich diese Veränderungsdynamik auf die wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder Mittel- und Westeuropas. In den östlicher und südlicher gelegenen Ländern überwoogen die landwirtschaftlichen Strukturen noch bei weitem und tun es zum Teil bis heute. Und

doch veränderte der Sog der Modernisierungsprozesse in den großen industriellen Ländern des Kontinents auch die Gesellschaften der Peripherie nachhaltig -sei es durch die zunehmende Abhängigkeit zu den Industriestaaten, in die sie gerieten; sei es durch ostentative Abgrenzung von ihnen. Vor allem aber setzten sich die großen politischen Massenbewegungen, die aus den Industrieländern kamen, auch in den weniger industriellen Ländern durch und prägten von nun an, oft vermengt mit regional spezifischen Traditionen, die politische Landkarte, auf der Linken wie auf der Rechten.

Als deutlichste Besonderheit gerät dabei immer wieder die außerordentliche Geschwindigkeit der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandlungen in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende in den Blick. Der Verlust der tradierten religiösen Orientierungen, der Transfer vom Land in die Stadt, die rasche Veränderung der geschlechtlichen und generationellen Rollen, die Herausbildung der Massenarbeiterschaft, die Zerstörung der überkommenen Gesellschaftshierarchien, aber auch der außerordentliche Fortschritt in der Technik, der Wissenschaft, der Medizin, der die Menschen faszinierte, vollzog sich innerhalb von weniger als 30 Jahren und setzte die hiervon betroffenen Menschen einer nie gekannten Veränderungsdynamik aus, die vielfach geradezu als Schock wahrgenommen wurde und die tradierten Lebensumstände in vorwiegend agrarischen oder kleinstädtischen Zusammenhängen innerhalb einer Generationenspanne mit der städtischen, industriell und bürokratisch orientierten Industriegesellschaft kontrastierte.

Die Intensität und Dynamik dieser Veränderungen stellte die Zeitgenossen vor außerordentliche Herausforderungen. Die in den Folgejahrzehnten festzustellenden politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bewegungen, die zum Teil mit großer Radikalität auftraten, sind vor allem als Versuche der Reaktion, der Antwort auf diese Herausforderungen zu verstehen, die zum einen als nie gekannter Fortschritt, zugleich aber als tiefe, existentielle Krise der bürgerlichen Gesellschaft empfunden wurde.

Unter „Moderne“ verstehen wir hier, bezogen auf das 20. Jahrhundert, also nicht ein Bündel festgelegter Prinzipien, sondern einen offenen Prozess der Wandlungsdynamik, angestoßen durch die weit reichenden Veränderungen in Wissenschaft, Wirtschaft, Technik, Kultur und Gesellschaft im Zuge der Durchsetzung der Industriegesellschaften der Jahrzehnte um 1900. Die nachfolgenden Entwicklungen, insbesondere die Abfolge katastrophaler politischer Ereignisse, die Herausbildung von radikalen Massenbewegungen ebenso wie die Steuerungsversuche der handelnden Politiker und Wirtschaftsführer sind als Reaktionen auf diese Aus-

gangsexplosion zu verstehen – gleichsam als „*challenge and response*“. Dass es keine Erfahrungen mit diesen neuen Verhältnissen und den ihnen innewohnenden Tendenzen gab, keine sich hier bewährenden Traditionen oder Vorbilder, erklärt die Heftigkeit dieser Reaktionen, die man abstrakter als Such- oder Lernprozesse verstehen kann.

Ob im Bereich der sozialen Frage, der Problematik von Nationalstaat und multiethnischen Reichen, ob im Umgang mit den neuen Erkenntnissen der Naturwissenschaften, der Frage nach den Folgen der sich beschleunigenden Säkularisierung, in Auseinandersetzung mit der neuen Kunst, welche sich mit der radikal veränderten Gegenwart selbst radikal veränderte und die vorgefundenen Formensprachen in kurzer Zeit revolutionierte, ob in der Rechtsprechung, in der Wirtschaft oder in der Literatur: eine rastlose Aktivität, eine nie da gewesene Politisierung, eine Unzahl von politischen und soziale Experimenten waren Ausdruck dieser fieberhaften Suche nach den richtigen Antworten auf die neuen Herausforderungen.

Es ist aber kennzeichnend, dass die benannten Widersprüche in den die Lebensweise der Menschen bestimmenden Normen viel weniger aufgelöst wurden. Zwar wurden hier zahlreiche Reformversuche in Gang gebracht – die Experimente in der Erziehung seien hier genannt, Anläufe zu neuen Regeln im Bereich der Familie, der Sexualität. Und tatsächlich sollte auf die hier gemachten ersten Erfahrungen 40 Jahre später immer wieder zurückgegriffen werden. Aber solche Experimente waren in ihrer Wirksamkeit noch begrenzt. Für die Zeitgenossen in ihrer Menge waren andere Verhaltensweisen charakteristisch; nämlich die um so heftigere Orientierung am Überkommenen, an tradierten Sitten, an hergebrachten Gebräuchen, vor allem an Familie, Ehre, Vaterland und Sittlichkeit. Die kulturelle Rückversicherung an der Tradition, wie wir sie um die Jahrhundertwende in den meisten europäischen Gesellschaften finden, ist also vor allem als Schutzmechanismus gegenüber den auf die Menschen einstürzenden Veränderungsschüben zu verstehen. Gegenläufige Interpretationen, die eine derartige Versicherung allein als politisch motivierte, reaktionäre Verweigerung der Moderne verstehen, übersehen zum einen das Ausmaß der Herausforderungen, die in diesen Jahrzehnten auf die Menschen hereinbrachen, zum anderen aber auch, wie weit über soziale und politische Begrenzungen hinweg verbreitet die geschilderte Rückversicherung im Vertrauten war. Die Flucht in rückwärtsgewandte Agrarstaatutopien ist hier ebenso zu nennen wie die Eskapismen der Esoterik, die Schutzsuche in der Identifikation mit Nation oder Volk ebenso wie in der Wärmehalle der Arbeiterbewegung.

Gleichwohl ist auch sichtbar, dass die in fast allen Ländern feststellbare Verregelung und Kodifizierung der Lebensweisen in den Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg ihre Ursachen auch in den Befürchtungen der traditionellen Eliten gegenüber den zivilisatorischen bzw. kulturellen Auswirkungen der Hochmoderne besaßen: Die Festschreibung von patriarchalischen Strukturen, autoritären Dispositionen in der Erziehung, das strafbewehrte Festzurren von Normalität in diesen Jahren wurde so zum Kennzeichen einer politischen Haltung, die zwar die technische Moderne will, deren kulturelle Ausprägungen – vom Großstadtleben über das Frauenwahlrecht bis hin zur modernen Kunst – aber bekämpft. Beides, die Suche nach Geborgenheit im Vertrauten, wie die politisch motivierte Abwehr autoritätsgefährdender Neuerungen greift hier also ineinander.

4. Exzesse der Orientierungssuche

Im politischen Feld bildeten sich in der Auseinandersetzung mit der selbst geschaffenen Neuen Welt in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zwei Varianten der Radikalkritik heraus, die davon ausgingen, dass der liberale Entwurf der bürgerlichen Gesellschaft im Zuge der erlebten Veränderungsdynamik der vergangenen Jahrzehnte gescheitert sei und dass ihm ein vollständig neuer Entwurf entgegengestellt werden müsse. In stark abstrahierter Form könnte man sagen, dass der rechtsradikale Gegenentwurf zu 1789 auf dem Grundsatz von Abstammung und Nationalismus beruhte und nicht das Individuum, sondern das „Volk“ in einer kulturellen und abstammungsbezogenen Definition zum Subjekt der Geschichte erklärte. Demgegenüber basierte der linke, in der zugespitzten Form später der linksradikale Gegenentwurf auf der Kategorie der sozialen Ungleichheit und des Internationalismus und erklärte die Klassen allgemein, aktuell die Arbeiterklasse zum Subjekt der Geschichte.

Beiden gemeinsam war die Überzeugung, dass sie mithilfe dieses Instrumentariums nicht nur die Phänomene der Krise der bürgerlichen Gesellschaft zu erklären imstande seien, sondern darüber hinaus die diesen Phänomenen zugrunde liegenden geschichtlichen oder natürlichen Gesetze erkannt zu haben meinten.

Durch einen solchen ideologischen Gesamtentwurf schienen nicht nur alle Probleme lösbar, sondern *schnell* lösbar, wenn nur die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt waren. Die Überzeugung, durch die Teilhabe an einer solchen Welterklärungslehre im Einklang mit den Gesetzen der Natur und der Geschichte zu stehen, verlieh der politischen Praxis später jene

eigentümliche Dynamik, zugleich aber auch jene kennzeichnende Rücksichtslosigkeit und Brutalität.

Dabei wirkte der Erste Weltkrieg in jeder Hinsicht als radikalisierender Faktor. In der Zuspitzung des ideologischen Krieges zwischen den Mittelmächten und der Entente standen sich hier politisch-kulturelle Prinzipien gegenüber, zwei Ordnungsentwürfe für die Gestaltung der modernen Welt: eine westliche, liberal-demokratische, welche auf Individualismus und Massengesellschaft setzte, und eine deutsch-mitteleuropäische, die der entfesselten technischen Moderne durch Konzepte von Gemeinschaft, Ordnung und den Vorrang des Staates vor dem Einzelnen einhegen wollte und den Erscheinungsformen der modernen Kultur skeptisch gegenüberstand. Zwar waren dies ideologische Zerrbilder, in Wirklichkeit waren die Systeme einander viel ähnlicher. Aber sie verliehen diesem Krieg über großmachtpolitische Interessen hinaus den Charakter einer säkularen Auseinandersetzung um die Gestaltung der Welt in der Moderne. Zudem stellte dieser erste moderne Massenkrieg in Bezug auf Brutalität, Opferzahlen, Zerstörungsintensität alles in den Schatten, was die Geschichte bis dahin erlebt hatte. Die Explosion der Gewalttätigkeit veränderte das zivile Leben nachhaltig. Sie verwischte die Grenzen zwischen Zivilbevölkerung und Kombattanten und dadurch auch die zwischen Krieg und Frieden und implementierte die Gewalt auch in die politischen Auseinandersetzungen. Denn offenbar war die Militarisierung von Politik und Gesellschaft ein probates Mittel für die Lösung der zivilen Probleme, für den Umgang mit der Moderne schlechthin, die sich nun in ihren Auswirkungen als so zerstörerisch zu erwiesen schien, dass man ihr anders als mit ebenfalls totalen Mitteln nicht mehr beizukommen schien. Jedenfalls schienen die tradierten Formen der Vergesellschaftung und der politischen Organisation offenkundig gescheitert zu sein.

Dieser Eindruck war allerdings in den Ländern, die den Krieg verloren hatten, in weit stärkerem Maße verbreitet als in denen der siegreichen Entente. Hier verband sich vor allem in Deutschland und Österreich, auch in Russland, das Ressentiment aufgrund der als ungerecht empfundenen Niederlage gegenüber dem siegreichen Westen mit der weltanschaulich motivierten Modernekritik. Kulturkritik und Nationalismus, zuvor noch vielfach voneinander geschieden, vereinigten sich auf diese Weise und begannen vor allem in Deutschland eine erhebliche Dynamik zu entfalten, indem die Ursache für die Niederlage in der Herrschaft der Prinzipien des Westens – Liberalismus, Parlamentarismus, Demokratie, Universalismus – gesehen wurde. Hier fand die völkische Rechte ihren Ansatzpunkt, indem sie die politischen Prinzipien des Westens mit rassenbiologischen Postulaten verknüpfte.

Auf der Linken hatte sich mit der Oktoberrevolution die andere radikale Antwort auf die Krise der bürgerlichen Gesellschaften etabliert. Die Überzeugung, dass es mit der bürgerlichen Gesellschaft westlichen Zuschnitts zu Ende gehe, speiste sich bei den Bolschewiki ebenso wie bei der europäischen Rechten aus der Wahrnehmung der Krisenerscheinungen in den westeuropäischen Gesellschaften um die Jahrhundertwende. Und dass diese Krise so umfassend, so radikal sei, dass sie nur durch revolutionäre Umwälzungen von ähnlicher Wucht überwunden werden könne, wie sie die bürgerliche und industrielle Revolution selbst mit sich gebracht hatte, war hier wie dort eine gefestigte Überzeugung, die der Bereitschaft zur Unbedingtheit, zur Rücksichtslosigkeit eine historisch-politische Legitimation verlieh und während des Krieges sowie im russischen Bürgerkrieg durch die tiefgreifende Erfahrung allgegenwärtiger und scheinbar legitimer Gewalt verallgemeinert und entgrenzt wurde.

Zwischen 1922 bis 1939 etablierten sich in drei Wellen überall auf dem Kontinent, mit Ausnahmen von West- und Nordeuropa, antidemokratische Systeme. Bis auf die 1917 revolutionär begründete Sowjetunion handelte es sich ausschließlich um rechte, nationalistische Regimes. Auch in verschiedenen westeuropäischen Staaten geriet das liberalkapitalistische Modell seit der Weltwirtschaftskrise unter starken Druck: in Frankreich vor allem, wo die Auseinandersetzungen zwischen der Linken und den sich zunehmend radikalisierenden rechten Gruppierungen an Schärfe zunahm und mit dem Marsch der radikalen Rechten zum Parlament im Februar 1934 ihren ersten Höhepunkt erreichten. Demokratie und Marktwirtschaft, so schien es, hatte jedenfalls den meisten europäischen Gesellschaften am Vorabend des Zweiten Weltkrieges nicht mehr viel anzubieten und schien den auf militärische Organisation, Führerstruktur, Beseitigung von Opposition und Öffentlichkeit gerichteten Diktaturmodellen hoffnungslos unterlegen.

So wurde der 1939 von Deutschland begonnene Krieg noch stärker als der vorherige als Krieg der Weltanschauungen wahrgenommen, in dem es darum ging, in welcher Art und Weise das industrialisierte Europa und seine zum größeren Teil noch jungen Nationalstaaten zu regieren und zu ordnen sei, nachdem die Ordnungssysteme des 19. Jahrhunderts offenkundig nicht mehr funktionierten und der Versuch des Westens, nach dem für ihn siegreichen Ersten Weltkrieg den Kontinent nach den Prinzipien der liberalen Demokratien, des Kapitalismus und des multiethnischen Nationalstaats neu zu ordnen, offenkundig missglückt war.

Der deutsche Nationalsozialismus kann dabei als die Zuspitzung der radikalnationalistischen Bewegungen in Europa erkannt werden, wenngleich er diese in Bezug auf Kriegswillen und

Rassismus bei weitem übertraf. In diesen radikalen Entwürfen ist ein Gegenmodell zu den Ideen von 1789 und 1848, zu den Prinzipien von Liberalität und Menschenrechten erkennbar, die als ideologische Grundlage des westlichen Zivilisationsmodells begriffen wurden. Die hier entwickelte Vorstellung einer „völkischen“ Neuordnung Europas auf rassistischer Grundlage unter deutscher Dominanz verbanden anders als bei den Konservativen die Absage an die kulturelle Moderne mit einer Akzeptanz der technischen Moderne. Aus dieser Zusammenfügung erwuchs jener alternative Entwurf einer anderen Moderne, die gegen Liberalismus und den Vorrang des Individuums gerichtet war, gegen Demokratie und Gleichheit vor dem Gesetz, aber für die Gemeinschaft der Volksgenossen gleicher rassistischer oder völkischer Bestimmung eintrat und den Krieg als Form des Kampfes ums Dasein akzeptierte - dies aber auf der Grundlage von Industrie, Technik und Wirtschaft und ohne das Bestreben, zur vorindustriellen Gesellschaft zurückzukehren.

Nationalsozialismus und Bolschewismus als Regimes verkörperten also die Alternativen zum liberalkapitalistischen Weg in die Moderne - keine „antimodernen“ Gesellschaftsformationen, sondern andere Entwürfe zur Ordnung der modernen Welt, in der der liberale Dreiklang aus freier Wirtschaft, offener Gesellschaft und wertbezogenem Universalismus auf je spezifische Weise durchbrochen wurde. Beide sind zu verstehen als komprimierte Antworten auf die seit Einsetzen der Hochmoderne um die Jahrhundertwende sich vollziehende radikale Wandlungsdynamik.

Der Sieg der Antihitlerkoalition setzte der einen dieser radikalen Alternativen ein Ende. Damit verband sich aber auch die vollkommene und bis in die Gegenwart wirksame politische und moralische Delegitimierung des rechtsradikalen Gegenentwurfs, der nicht nur für den schrecklichsten aller Kriege sondern auch für eine bis dahin nie gekannte Politik des Massenmords verantwortlich war. Damit war zugleich der Versuch des Rassismus als Gesellschaftspolitik und die Tendenz zur Biologisierung des Gesellschaftlichen politisch widerlegt.

Zugleich aber war die andere radikale Alternative zum liberalen System, der sowjetische Kommunismus, durch die Zusammenarbeit mit dem Westen, durch den siegreichen Krieg gegen Deutschland und vor allem durch die verheerenden Verluste des Landes in erheblichem Maße aufgewertet worden, obwohl die inneren Verhältnisse die UdSSR gegenüber dem NS-Regime als vergleichbar schreckliche Diktatur erwiesen. Dieser aber begann sich erst in den Nachkriegsjahren durchzusetzen, als sich die Kooperation der USA und der SU zu einem

weltpolitischen und ideologischen Antagonismus herausbildete, der fortan für mehr als 50 Jahre die Matrix der Weltgeschichte bildete.

5. Wandlungsprozesse im Westen

Durch den Sieg und die überlegene militärische und wirtschaftliche Kraft des Westens, vor allem der USA, wurden die Prinzipien des demokratischen und kapitalistischen Liberalismus wieder reaktiviert und entfalteten in ganz Europa nach dem Kriege und verstärkt noch seit den 50er Jahren eine Anziehungskraft, wie man sie vor dem Kriege nicht mehr für möglich hätte halten wollen. Das bezog sich zunächst auf den militärischen Sieg selbst. Die überlegene Leistungskraft der amerikanischen Militärmaschine mussten auch die Deutschen anerkennen. In Bezug auf die Wirtschaftsordnung war die weit reichende Diskreditierung der kapitalistischen Weltwirtschaftsprinzipis vor 1933 nach dem Krieg zwar nicht völlig aufgehoben, sie wurde durch die Präsenz des erfolgreichen amerikanischen Kapitalismus aber kompensiert. Die wirtschaftliche Überlegenheit der USA schien zumindest die Regenerationsfähigkeit des Kapitalismus zu belegen. Die wirtschaftliche Konsequenz der Kriegserfahrung bestand in den meisten westeuropäischen Ländern jedoch in Mischwirtschaften mit Marktanteilen und staatlicher Planung, verstärkter Sozialpolitik und partiellen Verstaatlichungen. Zwar setzten sich seit den 50er Jahren verstärkte Marktgrundsätze durch, die starke Präsenz staatlicher Planung aber wurde in vielen Ländern beibehalten.

Gleichwohl wurde mit dem Marshallplan eine europäische Koordination des westeuropäischen Wiederaufbaus auf der Grundlage des liberaldemokratischen Systems und der freien Marktwirtschaft erzwungen, was die europäischen Gesellschaften angesichts der damit verbundenen amerikanischen Finanzströme nur zu gerne akzeptierten. Als sich in den 50er Jahren aber, ganz anders als in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, freie Marktwirtschaft und liberales System als stabil und sehr erfolgreich erwiesen und zudem den einzelnen individuelle Aufstiegschancen ermöglichten, durch die alle Varianten kollektiver Daseinsvorsorge desavouiert wurden, hatte sich die liberale Option als Antwort auf die Herausforderungen der Moderne durchgesetzt, die in den Jahrzehnten zuvor in weiten Teilen Europas als abgewirtschaftet und durch die „moderner“ anmutenden diktatorischen Systeme überholt gegolten hatten.

Allerdings war diese Option für den Westen in vielen Staaten mit ungefestigten demokratischen Traditionen, und das war zweifellos die Mehrheit, zunächst auf das institutionelle Gefüge beschränkt. Denn auch nach dem Sieg des Westens setzte sich in großen Teilen vor allem des deutschen, aber auch des französischen und italienischen Bürgertums die Ablehnung

der kulturellen und politischen Moderne, vor allem der Massenkultur und des kulturellen Amerikanismus fort.

Die Rückbesinnung auf die konservativen Werte, die Wiedereinsetzung von Rollenmustern und Familienleitbildern, die zuweilen geradezu komisch wirkenden Versuche der Wiederherstellung einer heilen Welt in den Nachkriegsjahren sind ein gemeineuropäisches Faktum, das wir in der politischen Philosophie ebenso wie in der Trivilliteratur, in der Gesetzgebung ebenso wie in der Erziehung feststellen können. Sie waren vor allem und erneut Ausdruck der tief greifenden Verunsicherung der Menschen durch die Jahrzehnte von Krise, Krieg und Nachkriegskrisen und den damit verbundenen überwältigenden politischen Katastrophen der 40er Jahre.

Auf diese Weise erhielt – oder revitalisierte - sich ein Gesellschaftstypus, der sich in vielem an den Wertmaßstäben und Leitbildern der Jahrhundertwende orientierte. Gesellschaftliche, kulturelle und strafrechtliche Normen im Verhältnis von Staat und Staatsbürger, von gesellschaftlichen Leitbildern und Individualität, in Bereichen wie Familie und Sexualität, Jugend und „Sittlichkeit“, klassen-, geschlechts- und altersspezifische Rollenzuweisungen, Bildungschancen und Arbeitsethos entsprachen in der Mitte der 50er Jahre in hohem Maße nach wie vor eher den in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg entwickelten Modellen als den Anforderungen der sich rapide wandelnden westeuropäischen Gesellschaften.

Zu einschneidenden Veränderungen kam es hier erst, als die wirtschaftliche Aufschwungphase der in den einzelnen Ländern Westeuropas ja recht unterschiedlich langen Nachkriegsjahre eine hinreichende soziale Stabilität in den Lebensplanungen der Menschen geschaffen hatte. Nun erst traten die Widersprüche zwischen den entfalteten Industriegesellschaften und den sie prägenden traditionellen gesellschaftlichen Normen und Lebensweisen in den Vordergrund der Wahrnehmung und evozierten eine an Bedeutung rasch zunehmende öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit von Veränderungen.

Zugleich gewannen neue Elemente an Bedeutung, insbesondere entfalteten die sich nun verstärkt herausbildenden individualistischen und konsumgesellschaftlichen Lebensweisen eine enorme Anziehungskraft und erwiesen sich als viel attraktiver als die Varianten einer kollektivistischen Organisation des Alltags, die nun zunehmend als anachronistisch und dysfunktional angesehen wurden – nicht nur in den postfaschistischen Staaten, sondern bald auch in den Gesellschaften des Ostblocks. So wuchs seit den frühen 60er Jahren in den westeuropäischen Ländern das Bedürfnis nach einer Neuorientierung der Lebensweisen an den Bedingungen der

entfalteten Moderne. Hier bildete sich nun über die politisch-nationalstaatliche Ebene hinaus jener tiefgreifende Wandel der Normen und Lebensweisen aus und setzte sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit, wenngleich über lange Phasen hinweg nur im Widerstreit, durch. Gemeint sind etwa Entwicklungen wie die sich verbreiternde konsum- und freizeitorientierte Jugendkultur, die zunehmende Akzeptanz fremder Kulturen, die Herausbildung und allmähliche Entfaltung einer Kultur der öffentlichen, streitigen Diskussion, eine „Emanzipationsbewegung“ auf breiter Front, die traditionelle Hierarchien in Frage zu stellen begann, Entwicklungen auch zu verstärkter Partizipation innerhalb und außerhalb der Institutionen des Parlamentarismus und der Parteien. Zugleich ging es um tiefgreifende Veränderungen im Verhältnis der Geschlechter zueinander, der Ablösung insbesondere kirchlicher Normen von Sexualität und Familie, von Erziehungsstilen und -zielen, um eine zunehmend negative Konnotation nicht leistungslegitimierter Autorität.

In den sozialistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa wurden solche Prozesse durch die wirtschaftliche und politische Struktur vermieden, in Wahrheit aber nur aufgeschoben. Während in den westliche Gesellschaften neue Entwicklungen einsetzten, welche die Bindung an die Herausforderungen der Jahrhundertwende allmählich dünner werden ließen, war in den Ostblockländern der Antagonismus der sozialen Frage gewissermaßen eingefroren und alle Politik auf ihn gerichtet worden. Fehlende Flexibilität, mangelnder wirtschaftlicher Erfolg und die immer größere Attraktivität des Westens führen seit den 1970er Jahren zu tief greifenden Krisen und zu ersten Auflösungserscheinungen, die 1990 kulminierten. So lässt sich auch der Untergang des sowjetisch dominierten Sozialismus um 1990 in diesem Kontext deuten: als Ende der radikalen Reaktionen auf die Krise der bürgerlichen Gesellschaft seit Beginn des Jahrhunderts und zugleich als Durchbruch der westlichen Konsum- und Zivilgesellschaft, zu der sich die liberalisierten Demokratien des Westens im Verlaufe der Nachkriegsjahrzehnte entwickelt hatten.

Dabei wäre es verfehlt, diesen Wandlungsprozess allein im Kontext von ökonomischer Funktionalität und der Rationalisierung der Lebenswelten zu verstehen. Vielmehr wird sichtbar, dass die Menschen ein Lebensalter lang gebraucht haben, um die Bedingungen und Begrenzungen des Lebens in hochmodernen Gesellschaften zu erfahren, sukzessive zu erlernen und zu akzeptieren. Um die Jahrhundertwende hatten die Gesellschaften den sich vollziehenden durchgreifenden Veränderungen ihres Lebens ohne erfahrungsbestätigte Konzepte des Umgangs mit diesen Prozessen gegenübergestanden. Es bedurfte dreier Generationen, um in einem steten und zu Teilen katastrophischen *trial-and-error*-Verfahren adäquate und optimierte

Anpassungs- und Steuerungsstrategien zu entwickeln – und zwar sowohl im Bereich der politischen und administrativen Lenkung wie im Bereich der Lebensformen und ihrer Normierungen.

Die westlichen Gesellschaften wandelten sich als in den 50er und 60er Jahren und durchliefen einen Prozess der Liberalisierung und inneren Demokratisierung, der zugleich eine Anpassung an die aufsteigende Konsumgesellschaft bedeutete und außerordentliche Bindungskräfte in sich barg. In dem hier vorgestellten Rahmen verstehe ich diese Wandlungen vor allem als Ausdruck jenes sukzessiven Lernprozesses im Umgang mit der Moderne, der schließlich, nach etwa 70 Jahren, ein Modell produziert hatte, dem sich in erstaunlicher paralleler Weise seit Ende der 60er Jahre nahezu alle westeuropäischen Gesellschaften annäherten und dabei einander immer ähnlicher wurden: eine spezifische, austarierte Gemengelage aus liberaler und sozialer Marktwirtschaft, aus staatlicher Daseinsfürsorge und privatem Risiko, aus parlamentarischer Demokratie und Parteienstruktur, aus Traditionsbezug und kultureller Moderne, aus Individualismus und gemeinschaftlichen Strukturen, aus nationaler Autonomie und supranationalen Verbindungen bis hin zur EU. Die großen Probleme, die seit der Jahrhundertwende im Brennpunkt der Auseinandersetzungen gestanden hatten waren, so schien es, gelöst, sowohl die nationale wie die soziale Frage, das Problem der politischen Verfassung und der wirtschaftlichen Ordnung und der kulturellen Orientierung.

6. Das Ende der Hochmoderne und der Beginn der Gegenwart

Der Zeitpunkt, an dem in den westeuropäischen Staaten über dieses Modell weitgehende Übereinstimmung bestand, liegt in den 70er Jahren, als auch von Seiten der Konservativen die politische und kulturelle Moderne akzeptiert und auf Seiten der Linken der radikalen Alternative des planwirtschaftlichen Sozialismus abgeschworen wurde. In diesem Moment aber, als die gefundenen Antworten auf die Herausforderungen der Hochmoderne allgemein akzeptiert wurden, begannen sich die Geschäftsgrundlagen zu verändern. Die bis dahin unangefochtene Stellung von Industrie und industrieller Massenarbeit als Grundlage der entwickelten Gesellschaften gerieten ins Rutschen, als die Nachfrage nach industriellen Massengütern aus dem Montanbereich weitgehend befriedigt war, als das Öl die Kohle ersetzte und Länder mit viel niedrigeren Lohnhöhen in der Lage waren, die mit einfachen Technologien herzustellenden Produkte erheblich billiger zu produzieren als die Europäer.

Nachdem die großen Herausforderungen der Jahrhundertwende weitgehend gemeistert waren, stellten sich neue Probleme, und kennzeichnend für sie war fast durchweg, dass es sich um unintendierte Folgeprobleme des Industrialismus handelte. Das Ausmaß der Naturzerstörung im Zuge der Industrialisierung hatte beängstigende Ausmaße angenommen; die Regelungsinstanz Nationalstaat verlor angesichts der supranationalen Zusammenschlüsse und der beginnenden Globalisierung des Waren- und Kapitalverkehrs an Bedeutung. Die Auswirkungen der innereuropäischen, dann der globalen Migrationsströme, die sich verändernden Geschlechterrollen, aber auch die zunehmende Überforderung der Sozialsysteme, der staatlichen Vorsorge stellten nun die vorrangigen Probleme dar. Und auch die Ost-West-Konfrontation verlor an Schärfe und setzte im Ostblock jene Bestrebungen nach besseren Lebensbedingungen, verstärkten Konsummöglichkeiten, individueller Lebensplanung und Rückbau der staatlichen Interventionsmöglichkeiten frei, die wesentlich zum Niedergang des Sowjetsystems beitrugen, weil auch die sozialistische Gesellschaft nach ihrer Leistungsfähigkeit für das Leben der einzelnen Bürger befragt und nicht mehr an den Zukunftsvisionen gemessen wurde.

Wenn wir also die Jahrzehnte seit der Durchsetzung der Hochindustrialisierung am Ende des 19. Jahrhunderts als Phase des rapiden Wandels der europäischen Gesellschaften verstehen, in der in allen Bereichen immer erneut nach angemessenen Strategien im Umgang mit den Herausforderungen gesucht wurde - - und dies auf dramatische Weise und oft in außerordentlich gewalttätiger Form -, dann könnte man die 1970er Jahre als Ende dieser Phase bezeichnen, die wir als Hochmoderne bezeichnen und von den vorangegangenen wie nachfolgenden Jahrzehnten unterscheiden wollen.

In den Jahren seither ist etwas Neues entstanden, für das aber der Begriff der Postmoderne schon deshalb nicht taugt, weil ja die schließlich mühsam errungenen, erfolgreichen Antworten auf die um 1900 entstandenen Fragen in den meisten Bereichen weiterhin Gültigkeit haben: die liberalen, sozialen parlamentarischen Demokratien des Westens haben sich vielmehr als so erfolgreich und anziehend erwiesen, dass es für die nach 1990 vom Joch des Kommunismus befreiten Gesellschaften Osteuropas gar keine Frage war, nach welchem Modell sie ihre neuen Staaten einrichten wollten. Auch der Begriff „postindustriell“ ist nicht ganz zutreffend, weil zwar die traditionelle Montanindustrie mit ihren Imperien der industriellen Massenarbeit ihre Bedeutung weitgehend verloren hat, aber auch in den westeuropäischen Gesellschaften noch mehr als 30 Prozent der Beschäftigten im industriellen Sektor tätig sind und zudem die modernen IT oder biochemischen Industrien ganz neue Perspektiven bieten. Aber seit in den Jahren um 1975 in den meisten europäischen Wirtschaften erstmals ein deutlicher

Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit einer Steigerung der Arbeitslosenzahlen einherging, ist die alte Verbindung von Großindustrie und Massenwohlstand gelöst.

Ulrich Beck hat für die Zeit seit den 70er Jahren den Terminus Zweite Moderne eingeführt, den ich mangels präziser Alternativen übernehme, gerade weil er inhaltlich noch unbestimmt ist. Andererseits: seit der Aufklärung gibt es mehrere deutlich voneinander verschiedene Phasen der Moderne; und wenn, wie wir der Überzeugung sind, dass mit dem Ende der Hochmoderne eine neue Phase der Moderne begonnen hat, dann gewiss nicht erst die zweite. Gleichviel: deren epochenbildende Konturen können wir, das heißt die Historiker, gewiss noch nicht sicher erkennen, und schon deswegen sollten wir uns hüten, sie vorschnell zu definieren.

Seit den dramatischen Entwicklungen der Jahre um 1989 sind die politischen Konturen nicht mehr so klar zu erkennen. Der Unterschied zu den Jahrzehnten zwischen der 1900 und den 1970er Jahren ist aber vor allem wirtschaftlich, sozial und kulturell zu erkennen. Die Phase der Hochmoderne war wirtschaftlich durch die Hegemonie des Industrialismus gekennzeichnet, der die Volkswirtschaften durch das Primat der Montanindustrie prägte und die Gesellschaften durch die Dominanz des an- oder ungelerten Massenarbeiters. Die kulturelle Orientierung war von den davon ausgehenden Widersprüchen gekennzeichnet: die Dominanz der Massengesellschaft, die Orientierung an den Prinzipien des Fortschritts, der Dynamik der Veränderungen der Lebensweisen und Normen – und die Gegenreaktionen: die Orientierung an der Tradition, die Kritik der Moderne, die Herausbildung radikaler Gegenentwürfe.

Die kulturelle Bewegung der Postmoderne in den 1970er Jahren war ein erstes Zeichen, dass sich hier Grundlegendes wandelte und wie so oft wurde der Wandel zuerst im Bereich der Kunst und Literatur erspürt: Die Postmoderne brach vor allem mit der Orientierung auf ein klares Ziel, auf eine einlinige Abfolge von aufeinander aufbauenden, teleologisch ausgerichteten Schritten: dem Wachstum des Bruttosozialprodukts, der Verbesserung der Lebensumstände, der Eindeutigkeit der Entwürfe. Dem wurde eine Gleichzeitigkeit und Vielfalt von Entwürfen gegenübergestellt, und mit dieser Vielfalt zerbrach auch die Hingabe und der Enthusiasmus des politischen Engagements. Und mit ihnen der zukunftsweisende Radikalismus der Vertreter jener radikaler Gegenentwürfe aus den Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg, die dieses Jahrhundert auf so markante und schreckliche Weise geprägt haben.

Dass das westliche, genauer gesagt: das westeuropäische Modell sich nach 1990 so schnell und beinahe reibungslos als Orientierungsgröße der neuen postkommunistischen Gesellschaften in Europa durchsetzte, zeigt auf der einen Seite, wie sehr dieses Modell mit ihren *checks*

and balances im Bereich der Politik, der Wirtschaft, Gesellschaft und der Kultur aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts entwickelt worden war und wie sehr es den Bedürfnissen der Menschen zu entsprechen schien. Mit dieser Dominanz ist vermutlich auch sein Höhepunkt erreicht, die mit dem Namen Schengen verbundene Abkapselung nach außen zeigt, dass das Modell nur als exklusive Bevorteilung der Gesellschaften EU-Europas funktioniert und durch den Ansturm aus Süd und Nord in seiner Substanz gefährdet wird. Ein gleiches zeigt sich in den klimatischen Auswirkungen des exzessiven Industrialismus, der sich nun über China und Indien auf die ganze Welt zu erstrecken scheint und ernste Befürchtungen über die Zukunft der Erde weckt. Ebenso ist die außenpolitische Dichotomie des Kalten Krieges im Nachhinein auch deutlich als Verpanzerung der regionalen Konflikte in Europa und der Welt zu erkennen, die seit 1990 überall auf der Welt an Zahl und Bedeutung zunehmen, weil sie nicht mehr durch die Angst vor der ganz großen, der atomaren Katastrophe zurückgehalten werden.

Je weiter ausgreifend die historischen Erklärungsmodelle greifen, desto mehr werden Spezifika, Differenzen, zeitliche und räumliche Sonderentwicklungen außer Acht gelassen und glatt geschliffen. Es ist ein leichtes, aus der Perspektive einzelner Nationalgeschichten, der britischen, der finnischen oder gar der deutschen Geschichte Gegenbeispiele ohne Zahl zu entwickeln, die einzelne oder mehrere Aspekte des hier vorgestellten Modells falsifizieren. Welche Vorteile birgt dann ein solcher Ansatz in sich, der die politisch so vielfach zerfurchten Jahre zwischen 1890 und 1970 als historisch zusammengehörige Einheit fasst? Er bietet vor allem die Möglichkeit, die sehr unterschiedlichen Einzelentwicklungen in der Wirtschaft und der Politik, der Gesellschaft und der Kultur aufeinander zu beziehen und zugleich die Verbindungen zwischen den beiden Weltkriegen, den großen totalitären Bewegungen, zwischen der ersten und der zweiten Hälfte des Jahrhunderts herauszuarbeiten. Und er vermag die so verschieden anmutenden europäischen Nationalgeschichten des 20. Jahrhunderts zueinander vergleichend in Beziehung zu setzen, ohne unter dem Druck der theoretischen Eindeutigkeit die Spezifika in der Geschichte der einzelnen Länder kleinreden zu müssen. Und wäre es nur das, es wäre schon ein großer Fortschritt.